

Faktenblatt 3 – Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung

1. Juristischer Teil

Der Gesetzgeber hat die Pflicht, das Klarheitsgebot des Grundgesetzes zu wahren. Verfassungsänderungen müssen eindeutige und überprüfbare Begriffe enthalten.

1. Gebot der Normenklarheit wahren: Verfassungsbegriffe müssen eindeutig definiert sein, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.
2. Bestehende Schutzrechte stärken: Art. 1, 2 und 3 GG sowie das AGG bieten bereits ausreichenden Schutz. Statt neuer Begriffe braucht es bessere Umsetzung und statistische Datengrundlagen.
3. Auswirkungen prüfen: Vor jeder Änderung sollten unabhängige Gutachten zu Rechtsfolgen (AGG, Strafvollzug, Schulrecht) eingeholt werden.

2. Kommunikativer Teil

Kernaussage für Gespräche:

Rechtspolitik braucht Präzision – nicht Schlagworte. Klare Gesetze schützen Bürger besser als symbolische Formulierungen.

Drei Argumente für die Kommunikation:

1. Der Staat verliert Glaubwürdigkeit, wenn Gesetze vage sind.
2. Wer Grundrechte schützen will, muss sie klar benennen.
3. Rechtssicherheit ist die Basis für Vertrauen in die Demokratie.